

19. Juni 2013

Offener Brief des BUND gegen Massentierhaltung in Haßleben

Sehr geehrte Frau Ministerin Tack,

mit großem Befremden sieht der BUND, dass die Brandenburgische LINKE als verantwortliches Regierungsmitglied die Mega-Schweinemastanlage in Haßleben/ Brandenburg mit rund 36 000 Schweinen in einer einzigen Stallanlage genehmigen will. Die Genehmigung des vor 9 Jahren gestellten Bauantrages der niederländischen Schweine-Dynastie von Harry van Gennip stünde in krassem Widerspruch zu den Wahlversprechen, die die Linke den Wählern bundesweit andient. Im Regierungsprogramm der LINKEN heißt es:

„Auch die Tierhaltung wollen wir verbessern. Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden, nicht die Tiere an eine Haltungsform, die nur ökonomischer Effizienz verpflichtet ist. Der Einsatz von Antibiotika muss deutlich reduziert werden [...]. Quälerische Praktiken in der Tierhaltung müssen unterbunden werden. Transporte von lebenden Tieren wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen[...].“

Der BUND und die Bürgerinitiative in Haßleben weisen Sie darauf hin, dass der Tierschutz in der geplanten Schweinemast massiv unterlaufen wird. So würden die Tiere im Brandfall elend verbrennen, weil die Feuerwehr es nach eigenem Bekunden nicht riskiert, in eine brennende Großmastanlage zu gehen, um die Tiere ins Freie zu treiben. Eine tierquälerische Praxis ist daher nicht nur im Alltag, sondern insbesondere im Brandfall vorprogrammiert.

Sehr geehrte Frau Ministerin Tack,

Ihre Partei hat bundesweit zur Demonstration „Wir haben es satt“ des Netzwerkes Bauernhöfe statt Agrarfabriken in Berlin aufgerufen: *„DIE LINKE setzt sich konsequent für einen sozial-ökologischen Umbau der Agrarpolitik ein. Deshalb unterstützen wir die Demonstration "Wir haben es satt".“*

Was sollen Wählerinnen und Wähler Ihnen persönlich und der LINKEN nun glauben? Dass sie industrielle Massentierhaltung wie in Haßleben genehmigen oder wie in den Wahlversprechen und zur Demonstration ausgerufen ‚unterbinden‘?

Auch die Gesundheit von Verbrauchern, Anwohnern und Arbeitnehmern in Intensivtierhaltungen ist gefährdet, unter anderem wegen der zunehmenden Antibiotikaresistenzen. Über 80 Prozent der Schweinehalter tragen bereits Antibiotikaresistenzen in sich – ein großes gesundheitliches Risiko für jeden Arbeitnehmer in Intensivtierhaltungen wie in Haßleben und auch in Schlachtbetrieben. Die

Genehmigung der Megamassentierhaltung in Haßleben hieße diese Gesundheitsrisiken für Arbeitnehmer in Kauf zu nehmen. Eine Genehmigung unter Ihrer Regierungsbeteiligung stünde im Widerspruch zum Wahlversprechen der LINKEN, in der es heißt:

„Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz [...] verbessern. (...) Wir wollen Alternativen [...] zu umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen.“

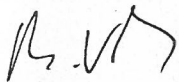
In der geplanten Intensivanlage in Haßleben entstehen keine ‚guten‘ Arbeitsplätze, sondern in Haßleben soll eine weitere Streudose für unkalkulierbare Risiken der Agrarindustrie gebaut werden. Das haben wir satt!

Aus Sicht des BUND brauchen weder Brandenburg noch die Bundesrepublik weitere Schweineställe, denn Agrarbetriebe erzeugen bereits 15 Prozent Überproduktion an Schweinefleisch gemessen am heimischen Konsum. Discounter und Schlachthöfe nutzen das Überangebot am Markt, um die Preise für das Fleisch teils unter die Produktionskosten zu drücken. Daher zerstört die Ausweitung der Fleischproduktion in Agrarindustriebetrieben wie die geplante in Haßleben bäuerliche Betriebe mit mehr Arbeitsplätzen und einer besseren Tierbetreuung.

Wir fordern Sie daher auf, den Antrag von van Gennip abzulehnen.

Die Behauptung, dass die Genehmigung nach den geltenden rechtlichen Vorschriften erteilt werden musste, ist falsch. Das Land kann die Genehmigung ohne rechtliches Risiko ablehnen. Daher wäre eine Genehmigung eine politische Entscheidung in Ihrer Verantwortung zugunsten der Ausweitung der nicht tiergerechten Intensivtierhaltung.

Mit freundlichen Grüßen



Burkhard Voß
Landesvorsitzender